

BDAT Jahresthema 2020 Darstellende Künste und Digitalisierung

Engagement im digitalen Wandel

Serge Embacher

Spätestens seit der Corona-Krise bestimmt das Stichwort „Digitalisierung“ zunehmend auch den Alltag der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements. Durch das administrativ erzwungene „Home Office“ sahen sich nicht nur Wirtschaft und Politik, sondern auch Millionen Haupt- und Ehrenamtliche endgültig in den digitalen Wandel verstrickt. Seitdem ist nicht mehr die Frage, *ob* die Bürgergesellschaft sich digitalisieren muss. Vielmehr gilt es jetzt zu klären, *wie* dieser Prozess ablaufen soll und wie gemeinnützige Organisationen dazu ein souveränes Verhältnis gewinnen können.

Während die Infrastruktur für digitale Technologie (Breitbandversorgung, Rechnerkapazitäten, Konferenz- und Video-Tools etc.) noch dringend eines weiteren Ausbaus benötigt, beginnt auch in der organisierten Bürgergesellschaft die Diskussion über die gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung. Allerdings gibt es bislang noch keine breite Debatte mit plausiblen Standards oder gefestigten Standpunkten. Bislang dominierten eher punktuelle Diskussionen über einzelne Themen wie zum Beispiel das Potenzial von „Sozialen Medien“ oder auch die Gefahren, die für die politische Kultur entstehen, wenn das Soziale dieser Medien sich durch „Hate Speech“, „Fake News“ und Stillosigkeiten aller Art in sein Gegenteil verkehrt. Generell steht die Frage im Raum, was Digitalisierung für das bürgerschaftliche Engagement und seine Akteure bedeutet, wo die Chancen und Risiken liegen und wie man angesichts der Komplexität der technischen Systeme zu einem reflektierten Umgang mit der Digitalisierung kommen kann.

Wenn wir im Zusammenhang mit der Bürgergesellschaft über Digitalisierung sprechen, reden wir vor allem über veränderte Kommunikationswege und -strukturen. Digitale Medien sind – funktional gesprochen – öffentlich zugängliche Kommunikationsmedien, welche die Nutzer in direkten Kontakt miteinander bringen. Mit ihrer Hilfe lassen sich in nahezu beliebiger Quantität Text-, Bild-, Audio- und Videosignale durch den tendenziell unbegrenzten virtuellen Datenraum senden, den die allseitig vernetzten Computer aufspannen und den man landläufig „Internet“ nennt.

Eine besondere demokratische Qualität entspringt den digitalisierten Medien durch die ihnen eigentümliche Aufhebung des Sender-Empfänger-Modells. Wo früher ein Sender (Redaktionen, politische Akteure, Personen oder Personengruppen mit privilegiertem Zugang) an viele Empfänger Inhalte (neudeutsch: „Content“) sandte, ist jetzt potentiell jeder Empfänger zugleich auch Sender.

Von der „One-two-many-Kommunikation“ zur „Many-to-many-Kommunikation“ führt der unumkehrbare Weg, den die sich digitalisierende Gesellschaft **eingeschlagen** hat. Im Zuge dieser Entwicklung sind „neue Medien“ (Kollaborationsplattformen, Blogs und Micro-Blogs, „soziale“ Netzwerke und Multimediaplattformen wie Youtube, Flickr oder Instagram) entstanden, die – bis vor wenigen Jahren nur einer kleinen Gemeinde von Technikaffinen bekannt – einen scheinbar unwiderstehlichen Siegeszug durch unsere Kommunikationsverhältnisse angetreten haben.

Freilich ist diese schöne neue Welt höchst ambivalent, was etwa unsere politische Kultur angeht. Es stellt sich mithin die Frage, ob beim epochalen Wechsel zur „Many-to-many-Kommunikation“ die demokratischen Möglichkeiten nicht von den Nachteilen aufgefressen werden. Den Vorteilen – leichte Verfügbarkeit und Zugänglichkeit, große Reichweite, Aktualität, Benutzerfreundlichkeit und Multimedialität – stehen erhebliche Probleme gegenüber: Der tendenzielle Zerfall der politischen Öffentlichkeit durch „Filterblasen“ und schier unendliche Nischenbildung, eine die menschliche Reflektionsfähigkeit bei weitem überschreitende Geschwindigkeit der Kommunikation, extrem gesteigerte Komplexität und Unübersichtlichkeit und eine bedenkliche Manipulationsanfälligkeit „Sozialer Medien“ unter den Bedingungen eines bislang miserablen Datenschutzes.

Vor diesem Hintergrund wäre es fahrlässig, den digitalen Wandel umstandslos als Heilsbringer einer rundumerneuterten Bürgergesellschaft zu feiern. Heute wissen wir: Die Entwicklung hat Vor- und Nachteile und bedeutet keineswegs naturwüchsig einen Quantensprung für das bürgerschaftliche Engagement. Andererseits ist die Ambivalenz der Entwicklung auch kein Grund zum Kulturpessimismus. Vielleicht sollte man die um sich greifende „Digitalisierung des Engagements“ zunächst einfach als das betrachten, was sie ist, nämlich als die Geburtsstunde besonderer Kommunikationsinstrumente mit einem technisch eingebauten Demokratisierungspotenzial, das sich indes nicht von alleine entfaltet.

Mit Blick auf das bürgerschaftliche Engagement und die Bürgergesellschaft sind bei der Digitalisierung also vor allem Fragen des Schutzes von Nutzerdaten, Fragen der Kompetenz im Umgang mit sozialen Medien und anderen Tools sowie nach den Folgen einer grassierenden Kommerzialisierung des Internets von Belang. Um zu einer Standortbestimmung zu gelangen, veranstaltet das BBE seit Ende 2019 das *Forum Digitalisierung und Engagement*. Dieses Projekt soll innerhalb der Zivilgesellschaft sowie in ihrem Verhältnis zu Staat und Wirtschaft die Grundlagen für ein gemeinsames Verständnis der Chancen und Risiken der Digitalisierung erarbeiten.

Die Diskussion, die in verschiedenen Formaten ausgetragen wird – darunter die Online-Plattform www.forum-digitalisierung.de –, gliedert sich (fürs Erste) in folgende Themenfelder:

- **Digitale Kompetenz:** Der Prozess der Digitalisierung wirft für Haupt- und Ehrenamtliche in gemeinnützigen Organisationen erhebliche Kompetenzfragen auf. Die Zivilgesellschaft sollte langfristig nicht nur in der Lage sein, das Internet und seine Möglichkeiten professionell und aufgeklärt zu nutzen, sondern auch aktiv mitzugestalten. Dabei geht es nicht nur um Medienkompetenz im Sinne von technischen Fertigkeiten, sondern vielmehr im Sinne eines tieferen Verständnisses davon, wie das Digitale funktioniert und wie sich digitale Projekte und Aktionsformen gestalten lassen.

- **Organisationsentwicklung:** Jede gemeinnützige Organisation muss sich fragen, wie sie mit den Chancen und Risiken des digitalen Wandels umgehen will. Denn die Digitalisierung stellt weit mehr dar als nur die Zunahme technischer Hilfsmittel. Sie verändert grundlegende Prozesse und Strukturen (z. B. hinsichtlich der Organisationskultur und Arbeitsweise oder der Kommunikation). Dieses Thema hat im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements bislang nur wenig Relevanz erfahren. Dabei hält die Digitalisierung – wenn strategisch adressiert – große Potenziale bereit. Der Organisationsentwicklung kommt demnach eine zentrale Bedeutung im digitalen Wandel zu.
- **Datenschutz und Datensicherheit:** Datenschutz und Datensicherheit sind zentrale Begriffe im Feld der Digitalisierung und haben ganz praktische Auswirkungen auf die Arbeit gemeinnütziger Organisationen. Die Datenskandale der letzten Jahre sowie die europaweite Einführung einer Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) haben noch einmal vor Augen geführt, welchen Einfluss Datenschutz und eine sichere Dateninfrastruktur auf das gesellschaftliche Leben haben. Es ist eine wichtige Aufgabe der Bürgergesellschaft, die damit zusammenhängenden Fragen zu bearbeiten, um hier eine deutlich vernehmbare Stimme für Gemeinwohlorientierung – und gegen staatliche Kontrolle und ökonomische Interessen – herauszubilden. Die Diskussion im Forum reicht bis zu der Frage, ob es digitale Alternativen zu den von US-amerikanischen Großkonzernen betriebenen Plattformen (Google, Facebook...) geben kann.
- **Demokratieentwicklung:** Mit der Digitalisierung der Kommunikationsverhältnisse waren zunächst erhebliche Demokratisierungshoffnungen verbunden. Die neuen Möglichkeiten bargen die Hoffnung auf mehr Meinungs Austausch, verbesserte partizipative Verfahren und leichteren Zugang zu Information. Allerdings hat sich (einmal mehr!) gezeigt, dass Technik allein nicht automatisch gesellschaftliche Modernisierung nach sich zieht. Dazu bedarf es der Formulierung eines politischen Willens. Diese Einsicht hat eine Reihe von Prozessen ausgelöst, in denen zivilgesellschaftliche Akteure involviert sind. Open Government Partnership (OGP) und Open Data sind nur zwei Stichworte hierfür. Es stellen sich Fragen der Art, wie Online-Diskurse reguliert werden können („Hate-Speech“-Debatte) oder wie es um das Verhältnis zwischen öffentlicher Allmende und privatwirtschaftlich angeeignetem Wissen (Open Access, Open Source, Bewegungsprofile usw.) steht. Für die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement stellen sich also auch hier zentrale Fragen, die einer Antwort bedürfen.

Das *Forum Digitalisierung und Engagement* wird sich über einen Zeitraum von knapp zwei Jahren erstrecken und bis Ende 2021 laufen. Es besteht aus mehreren Konferenzen bzw. Dialogforen, bei denen die einzelnen Themenblöcke so ausführlich und tiefgehend behandelt werden sollen, dass am Ende ein Katalog mit Forderungen oder Handlungsempfehlungen an die Politik (vor allem auf Bundesebene) formuliert werden kann.

Bei der Realisierung greift das BBE auf seine bewährten trisektoralen Netzwerkstrukturen zurück und sucht die Kooperation mit vielen Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und

Staat. Für das Ergebnis der Diskussion wird entscheidend sein, ob es gelingt, die verschiedenen fachlichen Perspektiven ins Auge zu fassen. Für einen Wohlfahrtsverband bedeutet der digitale Wandel etwas anderes als für eine Umwelt- oder einer Bürgerrechtsorganisation. Auch die kulturelle Perspektive soll hier mit berücksichtigt werden. Der Deutsche Kulturrat und der Bund Deutscher Amateurtheater haben als BBE-Mitglieder eine besondere Perspektive auf das Thema, nicht nur weil sie sich wie alle anderen gemeinnützigen Organisation nicht erst seit „Corona“ mit dem digitalen Wandel in den eigenen Reihen beschäftigen, sondern auch, weil kulturelle Ausdrucksformen wie das Theater in besonderer Weise geeignet sind, die Sinndimension gesellschaftlicher Entwicklungen mit ästhetischen Mitteln zu beleuchten. Zwar arbeitet das *Forum Digitalisierung und Engagement* des BBE weniger mit ästhetischen, sondern viel eher mit den Mitteln des demokratischen Diskurses, doch ist der Ausgang hier wie dort gleichermaßen offen – eine spannende Parallele.

Dr. phil. Serge Embacher, geboren 1965, Politikwissenschaftler und Publizist. Zwischen 2004 und 2009 im Deutschen Bundestag als wissenschaftlicher Referent für Kultur- und Engagementpolitik aktiv. Seit 2010 im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) für Projektentwicklung und -management zuständig. Arbeitsschwerpunkte: Bürgergesellschaft, bürgerschaftliches Engagement, Bürgerbeteiligung und Demokratiep politik, Sozialstaat, Öffentlichkeit. Leitet derzeit u. a. das Projekt Forum Digitalisierung und Engagement.